

Niederschrift über die Außerordentliche Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 12.12.2018, ab 17:00 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a

Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender des Kreistages

Herr Dr. Volker Bauer

Erster stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Helmut Halupka

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

CDU-Fraktion

Herr Andreas Buchheister

Herr Egon Buchmann

Herr Hartmut Dehne

Herr André Gröpler

Herr Marco Klapper

Herr Markus Kurze MdL

Herr Gerd Mangelsdorf

Herr Jürgen Michalek

Herr Dr. Peter Sanftenberg

Herr Gerry Weber

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Klaus Bock

Herr Harald Bothe

Herr Andreas Fischer

Herr Bernd Köppen

Herr Frank Krehan

Herr Dr. Peter Randel

Herr Sören Rawolle

SPD-Fraktion

Herr Kay Gericke

Herr Torsten Kahlo

Herr Dr. Michael Krause
Herr Horst Leiste
Herr Jörg Rehbaum
Herr Otto Voigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Kerstin Auerbach
Frau Gabriele Herrmann
Herr Mario Langer
Frau Lisa Wolf

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Frank Endert
Herr Lutz Nitz

von der Verwaltung

Herr Thomas Barz	Beigeordneter
Herr Bernhard Braun	Vorstand I
Frau Claudia Hopf-Koßmann	SG Öffentlichkeitsarbeit/Tourismus
Herr Henry Liebe	FB 1 Hauptamt
Frau Doris Gansera	FB 2 Finanzen
Herr Hans-Jürgen Conrady	FB 5.0 Soziales
Herr Dr. Ralph Focke	FB 5.1 Kinder-Jugend-Familie
Herr Dr. Henning Preisler	Gesundheitsamt
Frau Katrin Erdmann	FB 7 Umwelt
Frau Cornelia Weise	Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
Frau Bärbel Finzelberg	Kreistagsbüro
Herr Peter Friesecke	Personalrat
Frau Karina Cleve	Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte
Herr Dirk Zelmanski	Tontechnik

Protokollführer/in

Frau Janine Truetsch

es fehlt/ fehlen:

Zweiter stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Michael Bremer entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Dr. Matthias Greulich entschuldigt
Herr Wolfgang März entschuldigt
Herr Frank-Michael Ruth entschuldigt

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Andreas Dertz entschuldigt
Herr Wilmut Pflaumbaum entschuldigt

SPD-Fraktion

Frau Dr. Mechthild Kaatz entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Wolfgang Bernicke entschuldigt

Frau Barbara Bester entschuldigt

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Dr. Christoph Kaatz entschuldigt

Herr Mike Kissel entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung (2019-2021) 01/337/18/1
4. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abrechnung der Abfallgebühren für Bewohner von Mehrfamilienhäusern
5. Haushalt 2019 01/352/18/2
6. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den zweiten Bauabschnitt der K 1006 - OD Grabow 01/370/18
7. Überplanmäßige Auszahlung für die Baumaßnahme Sanierung Bismarck-Gymnasium Genthin Haus 2 01/371/18
8. Anfragen und Anregungen
9. Schließung des öffentlichen Teils
11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
12. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr und begrüßt die Kreistagsmitglieder und Gäste. Er verweist darauf, dass er den Kreistag im Einvernehmen mit dem Landrat am 29.11.2018 schriftlich und elektronisch einberufen hat. Er stellt damit die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. 11 Mitglieder des Kreistages haben sich zur Sitzung entschuldigt. Bei Teilnahme von 31 Mitgliedern des Kreistages und des Landrates stellt er die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Köppen beantragt namens der Fraktion FDP/WGFW, den Punkt Anfragen und Anregungen als zusätzlichen Tagungsordnungspunkt aufzunehmen.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge gibt. Er stellt den Antrag von Herrn Köppen zur Abstimmung.

Der Kreistag stimmt dem Antrag von Herrn Köppen einstimmig zu. Die Tagesordnung wird entsprechend angepasst.

Der Kreistag stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

01/337/18/1

1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung (2019-2021)

Herr Dr. Sanftenberg berichtet über die am Montag stattgefundene Umweltausschusssitzung und informiert, dass die Mitglieder, außer diejenigen der CDU-Fraktion, zugestimmt haben, die Satzung, so wie sie jetzt wieder vorliegt, in den Kreistag einzubringen. Er macht deutlich, dass die **CDU-Fraktion** dabei bleibe, gegen diese Satzung zu stimmen, weil sie nach wie vor ihre Bedenken und Änderungswünsche für wichtig und bedeutsam halte. **Herr Dr. Sanftenberg** äußert, dass die Verwaltung weiterhin ihren Standpunkt vertrete, die personengebundene Gebühr und eine Behältergrundgebühr beizubehalten und verweist auch auf die vorgelegten Unterlagen von Herrn Fischer. Er macht Ausführungen zum hohen Verwaltungsaufwand in Verbindung mit der Personengrundgebühr, der auch bei einer langfristigen Durchführung bestehen bleibe. Es sollten nicht drei Jahre abgewartet werden, um schließlich doch Änderungen vorzunehmen. Die Behältergrundgebühr würde sich zwar dadurch erhöhen, aber die anderen Bestandteile würden unverändert bleiben. **Herr Dr. Sanftenberg** bringt zum Ausdruck, dass nicht in Abrede gestellt werde, dass schon Erfolge mit dem Chipsystem erzielt wurden. Für 90 % der Haushalte senke sich die Gebühr im Vergleich zum Jahr 2010. Man solle aber versuchen, die Erfahrungen der letzten zwei Jahre bei der Änderungssatzung mit einfließen zu lassen.

Herrn Dr. Randel wird das Wort erteilt. (Anlage 1 zur Niederschrift).

Herr Klapper beantragt namens der CDU-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Der Kreistag beschließt in namentlicher Abstimmung (Anlage 2 zur Niederschrift) bei 20 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung des Landkreises Jerichower Land – Abfallgebührensatzung.

TOP 4

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abrechnung der Abfallgebühren für Bewohner von Mehrfamilienhäusern

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

- 1. Die Kreisverwaltung bildet unverzüglich eine Kommission/Arbeitsstab, der sich aus Vertretern der zuständigen Fachbereiche der KV, Vertretern der Fraktionen des Kreistages sowie Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften des Landkreises zusammensetzt.**
- 2. In einer ersten Beratung ist durch die KV und die Wohnungsunternehmen darzulegen, auf welche Schwerpunkte sich die Beschwerden der Bewohner beziehen und wie bislang Abhilfe geschaffen werden konnte bzw., welche Probleme als offen angesehen werden müssen (Problemanalyse)**
- 3. Davon ausgehend, dass das Ident-System in verschiedenen Nachbarkreisen des Jerichower Landes bereits seit mehreren Jahren erfolgreich angewandt wird, sollte durch die Kreisverwaltung unter Nutzung der „Best Praxis“ nach umsetzbaren und vor allem praktikablen Lösungsansätzen gesucht werden. Damit ist nicht die Verantwortung der Wohnungsunternehmen einzuengen, sondern der Landkreis soll gerade denen gegenüber durch seine Initiativen unter Beweis stellen, dass er sich engagiert dafür einsetzt, seinen Grundsätzen gerecht zu werden, die mit der Systemumstellung verbunden waren:**
 - **Erhöhung der Gebührengerechtigkeit,**
 - **Durchsetzung des Verursacherprinzips,**
 - **Minderung des Restmüllaufkommens unter umwelt- und wirtschaftspolitischen Aspekten.**

Diese Grundsätze und die daraus möglich werdenden Gebührenentlastungen müssen für alle Einwohner des Landkreises gelten. In diesem Sinne wird die Kreisverwaltung beauftragt, die Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen zu aktivieren und endlich die verschiedentlich in dieser Richtung aufgemachten Forderungen des Kreistages umzusetzen.

Frau Herrmann erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE bewusst nicht ihren Antrag als Änderungsantrag zur Abfallgebührensatzung formuliert hat, weil die Fraktion in der Diskussion gemeinsam festgestellt hat, dass die jetzige Form des Identsystems sicher schon zu mehr Gebührengerechtigkeit führe, jedoch noch verbessert werden könne. Die Fraktion sehe das Problem bei der Behandlung von Mehrfamiliengebäuden, weil dort der angestrebte Grundsatz der Gebührengerechtigkeit nicht immer erfüllt werden könne. Es gebe bei den Wohnungsunternehmen unterschiedliche Vorgehensweisen, was auch rechtmäßig sei und wofür den Wohnungsunternehmen keine Vorschriften gemacht werden können. Man solle aber mit den Unternehmen in einen Dialog treten, um ein höchstmögliches Maß an Gebührengerechtigkeit in der Form der Abrechnung zu erreichen. Die Gebührenentlastung solle für alle Einwohner gelten. Der Kreistag trage dafür die Verantwortung. Entsprechende Ergebnisse des Dialogs, die erzielt werden, könnten dann in eine neue Beschlussfassung zur Abfallgebührensatzung, die nicht drei Jahre Bestand haben müsse, einfließen.

Herr Kurze MdL bedankt sich bei Frau Herrmann, dass die Diskussion nun wieder sachlich wird. Ein Ableiten des Austausches scheint seiner Meinung nach an den bevorstehenden Kommunalwahlen zu liegen. Er erinnert an die Vorwürfe der Fraktion FDP/WG/FW in der letzten Kreistagsitzung, die CDU habe ihre Meinung geändert. Eine solche Meinungsänderung sei jedoch in der Demokratie ganz normal. **Herr Kurze MdL** bringt seinen Unmut über die Vorwürfe von Herrn Dr. Randel zum Ausdruck. Es gehe hier um ein Sachthema, was die Menschen und Bürger wirklich bewege. Es seien die Menschen, die jeden Tag früh morgens aufstehen, fleißig zur Arbeit gehen und mit kleinen und mittleren Gehältern, denen man schuldig sei, dass man ordentlich mit ihrem Geld umgehe. Und dafür stehe die CDU-Fraktion. **Herr Kurze MdL** äußert gegenüber Frau Herrmann, dass seine Fraktion der Diskussion gegenüber offen stehe, sich aber der Sache erst einmal enthalten werde.

Herr Leiste äußert, dass er den Antrag auch unterstützen werde, da er die Erkenntnis aus dem Aufsichtsrat der SWG Genthin hat, dass der SWG Genthin bis heute nicht die Abrechnungen für die Müllgebühren 2017 und 2018 vorliegen. Er begrüßt die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe.

Herr Nitz wird dem Antrag auch zustimmen, da die Wohnungsbaugesellschaften wirklich diejenigen seien, die diese Gebührengerechtigkeit umsetzen müssen. In seinen weiteren Ausführungen bringt Herr Nitz deutlich zum Ausdruck, dass sich Die Grünen auch zu den demokratischen Parteien zählen und auch alle unterstützen, die nicht so viel Geld verdienen.

Herr Krehan berichtet über die Diskussionen zu dem Antrag in der Sitzung des Umweltausschusses, an der er als Gast teilgenommen hat. Er ist der Meinung, dass sich damit in den Bereich des Privatrechts begeben werde, denn die Wohnungsbaugesellschaften können entscheiden, wie sie die Gebühren umlegen. **Herr Krehan** äußert, dass von Herrn Barz mitgeteilt wurde, dass der Landkreis bereits mit den Wohnungsbaugesellschaften in der Diskussion stehe. Er hält es damit nicht unbedingt für erforderlich, noch zusätzliche Kompetenzen und Kraft der Kreisverwaltung einzubinden.

Herr Dr. Krause stimmt für diesen Antrag und äußert, dass es nicht nur eine Sache der Verwaltung sondern auch des Kreistages sei, zu zeigen, dass es für wichtig gehalten werde, eine Gebührengerechtigkeit auch für Bewohner von Mehrfamilienhäusern zu erzielen.

Herr Krehan hat Vertrauen zur Verwaltung und glaubt auch der Verwaltung, dass diese bereits in der Diskussion stehe. Man müsse dies nicht noch extra mit einem Beschluss untermauern.

Der Kreistag stimmt dem Antrag mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen zu.

TOP 5

01/352/18/2

Haushalt 2019

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort wünscht.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 mit den umseitig genannten Korrekturen.

Der 18. Beteiligungsbericht des Landkreises Jerichower Land wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6

01/370/18

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den zweiten Bauabschnitt der K 1006 - OD Grabow

Herr Gröpler fragt, warum die Ausschreibung für die Kreisstraße in Loburg aufgehoben wurde und ob neu ausgeschrieben wird.

Frau Weise erklärt, dass die Ausschreibung aufgehoben wurde, weil das Ausschreibungsergebnis mehr als das Doppelte der geschätzten Kosten ergeben hat. Die geplanten Kosten werden mit übernommen und nach einem genehmigten Haushalt wird für die restlichen Kosten wiederum nach einer weiteren Deckung gesucht. Wann die Ausschreibung erfolge, könne zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Der Kreistag beschließt einstimmig die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2018 mit Wirkung für 2019 von 550.000 EUR für die Buchungsstelle 54200100.096201 (GLM-625-VE) für den grundhaften Ausbau der K 1006 – OD Grabow, Friedensauer Straße.

TOP 7

01/371/18

Überplanmäßige Auszahlung für die Baumaßnahme Sanierung Bismarck-Gymnasium Genthin Haus 2

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort wünscht.

Der Kreistag beschließt einstimmig die überplanmäßige Auszahlung für 2018 für die Baumaßnahme Sanierung Bismarck-Gymnasium Genthin bei der Buchungsstelle 21710300.096101 (GLM-374) in Höhe von 197.708,50 EUR.

TOP 8

Anfragen und Anregungen

Herr Rawolle äußert sich dem Kreistag gegenüber zur Problematik Natura 2000 (Anlage 3 zur Niederschrift).

Der Landrat äußert sich als Person und kann die Sorgen für den ländlichen Raum sehr nachvollziehen und hat deshalb auch mit auf den Listen unterschrieben. Die Belastungen für den ländlichen Raum seien deutlich erkennbar und die Belastung für die Behörde sei derzeit schwer kalkulierbar. **Der Landrat** findet, dass die Betroffenen hier sehr ordentlich vorgegangen sind

und hofft, dass dieser Appell noch mal wahrgenommen und die Form der Verordnung überdacht wird.

Herr Kurze MdL gibt seinen Vorrednern Recht, dass man an vielen Stellen im Land auf taube Ohren gestoßen sei. Er äußert, dass dies mit den Mehrheitsverhältnissen im Land zu tun habe und dass, wenn es andere Mehrheitsverhältnisse oder andere Koalitionen geben würde, hier in dem letzten halben Jahr auch noch mehr passiert wäre. Er erklärt, dass sich durch die von der CDU-Fraktion initiierte und durch die SPD-Fraktion unterstützte Anhörung noch einmal für sehr viele Betroffene im Land die Möglichkeit ergeben hat, in Ruhe ihre Bedenken vorzutragen. An dieser Anhörung nahmen nicht nur Abgeordnete, sondern auch viele Vertreter der Ministerien und des Landesverwaltungsamtes teil, so dass es bis zur nächsten Kabinettsbefassung am 20.12.2018 nochmals zu Veränderungen an verschiedenen Stellen der Verordnung kommen werde. **Herr Kurze MdL** erklärt weiter, dass daneben an Verwaltungsvorschriften gearbeitet werde, die auch zur Entkräftung verschiedener Regelungen, die in diesem Erlass stehen werden, dienen sollen. Er bittet den Landrat, sich gemeinsam mit den Landräten der anderen Landkreise stark zu machen und aufzuzeigen, dass dieses Thema ernst zu nehmen sei. **Herr Kurze MdL** hofft, dass die Änderungen, die jetzt noch eingearbeitet werden, etwas bewegen und dass am Ende das, was dann noch offen bleibe, in der Evaluierung, die 2019 vorgenommen werden sollte, mit eingearbeitet werden können.

Der Landrat erklärt, dass heute die letzte Kreistagssitzung ist, an der Frau Finzelberg teilnimmt, da sie zum Ende des Jahres aus dem Berufsleben ausscheidet. **Der Landrat** dankt Frau Finzelberg für ihr stetiges berufliches Engagement, ihren Einsatz und ihre zuverlässige Arbeit und wünscht ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. **Frau Finzelberg** bedankt sich dafür.

TOP 9

Schließung des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende des Kreistages schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:01 Uhr.

TOP 11

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass der Kreistag im nicht öffentlichen Teil über eine Vergabe zur Verwertung von Restabfall und Sperrmüll beschlossen hat.

TOP 12

Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Dr. Volker Bauer
Vorsitzender

Janine Truetsch
Protokollführer